

Forum Zum Nationalfeiertag

Frankreich nach den Wahlen

Die neu bestellte Nationalversammlung kann den Präsidenten fortan bremsen und behindern. Die eigentliche, effektivste Gegenmacht wartet aber anderswo.

Von Christoph Frei*

Zum Ende der französischen Ratspräsidentschaft erstrahlte der Eiffelturm am 30. Juni noch einmal im vertrauten Blau der Europäischen Union. Über sechs Monate hinweg hatte Paris die gegenwärtigen Projekte der EU verwaltet und diplomatisch koordiniert. Im besten Interesse Europas, richtig?

Na ja. – Europapolitik ist Aussenpolitik. Aussenpolitik liegt in der souveränen Verfügung des Präsidenten. Und Aussenpolitik wird zur Innenpolitik, wenn Wahlen ins Haus stehen. Solche Gleichungen mögen in manchen Staaten gelten; in Frankreich wurden sie im ersten Halbjahr 2022 ebenso systematisch wie unverhohlen durchgerechnet und bestätigt. Ist jemals eine Ratspräsidentschaft so offensichtlich für innenpolitische Zwecke instrumentalisiert worden wie im ersten Halbjahr 2022 unter der Regie von Emmanuel Macron? Sinnvolle, zu Hause aber unpopuläre Freihandelsabkommen mit lateinamerikanischen Staaten wurden auf die lange Bank geschoben, um «Europa» stattdessen besser vor «China» zu schützen. Von der Auswahl und Priorisierung der Dossiers über einen pompösen Gipfel auf Schloss Versailles bis hin zur Ansetzung konkreter Entscheidungen im EU-Ministerrat: Sechs Monate lang blieb alles und jedes auf das übergeordnete Ziel fokussiert, dem Präsidenten und seiner politischen Bewegung Stimmen zuzuführen – für die Präsidentschaftswahlen vom April zunächst, dann für die Parlamentswahlen vom Juni.

Im April wurde «Jupiter» im Amt bestätigt; im Juni verlor er seine Mehrheit in der Nationalversammlung. Mögliche Retuschen am europapolitischen Kurs werden überschaubar bleiben; das Parlament hat diesbezüglich keine Mitbestimmungsrechte. Wahltaktische Überlegungen fallen weg, altbekannte französische Interessen treten in den Vordergrund – und damit das Ziel, die Industrie- und Wirtschaftspolitik der EU noch stärker am eigenen Modell auszurichten: gelockerte Haushaltsregeln, Vergemeinschaftung von Schulden, stärkere Einflussmöglichkeiten für den Staat in der Wirtschaft.



Die endliche Bilanz Macrons wird sich allerdings nicht in Brüssel, sondern massgeblich an der innenpolitischen Front entscheiden – und daran bemessen, welche Reformen er dort bis 2027 wird durchboxen können. Den mächtigsten Gegenspieler stellt dabei nicht das frischgewählte Parlament; zu schwach ist seine Stellung in der politischen Architektur der Fünften Republik. Die höchsten Hindernisse warten in den Strassen von Paris. Politisch bevormundet seit Menschengedenken, aber inspiriert und geprägt durch grosse Revolutionen, lebt dieses Volk in einer Unmündigkeit der eigenen Art, die im Ausdruck schwankt zwischen Apathie und Revolte. Auch dies hat ja Tradition: Dass sich citoyens und citoyennes in Ermangelung demokratischer Ventile ihre Rechte selber holen. Über ein Dutzend Verfassungen hinweg hat sich an

«Die höchsten Hindernisse warten in den Strassen von Paris.»

dieser ältesten Aporie des politischen Systems in Frankreich nichts geändert. Bis heute ist es nicht gelungen, den Rückgriff auf Gewalt institutionell aufzufangen und zu kanalisieren. Noch immer versprechen zerschlagene Schaufenster und verwüstete Amtsstuben bessere, schnellere Resultate als der Weg über repräsentative Strukturen, die ihre Glaubwürdigkeit verloren haben. Eine latente Verweigerungs-, Aggressions- und Gewaltbereitschaft an der Basis findet ihr sozialpsychologisches Pendant in einer Mischung aus Misstrauen und Angst weiter oben. Anschauungsunterricht ist regelmässig zu bekommen, Interessierte werden sich kaum über den kommenden Herbst hinaus gedulden müssen.

* Christoph Frei lehrt Staats- und Politikwissenschaften an der Universität St. Gallen

Kommentar

Die flüchtige Macht des Widerstands

Der Missstand ist seit Jahren bekannt. Weil die staatliche Invalidenversicherung (IV) falsch rechnet, müssen etliche chronisch Kranke und Verunfallte auf einen beruflichen Neustart oder eine Rente verzichten. Endlich will der Bundesrat die Ungerechtigkeit beheben. Zumindest hat Berset eingelenkt und arbeitet derzeit an einer Lösung, nachdem er und das Bundesamt für Sozialversicherungen sich heftig dagegen wehrten. Ihnen war jedes Mittel recht, damit sie nichts ändern müssen. Ihr Spiel auf Zeit ging



Andrea Tedeschi
Inlandredaktorin

andrea.tedeschi@shn.ch

«Ihnen war jedes Mittel recht, um nichts ändern zu müssen.»

sogar so weit, dass sie demokratische Mehrheiten ignorierten oder einen Berechnungsvorschlag, den Gabriela Riemer-Kajka und ihr Team erarbeitet hatten, ohne Prüfung öffentlich herabwürdigten. Dass Berset die emeritierte Professorin nun in eine Arbeitsgruppe einberufen hat, muss an der Brillanz ihrer Arbeit liegen, am öffentlichen Druck oder an beidem. Jetzt muss der Bundesrat liefern. Und das ist gut so. Einige Hürden hat das Parlament noch zu nehmen, bis der Bundesrat die Korrektur vollzogen hat. Man will der Sache noch nicht trauen. Und doch zeigt der Fall, was die Politik erreichen kann, wenn sie an der Seite der Zivilgesellschaft kämpft. So sollte es öfters sein. Aber machen wir uns nichts vor: Wir stehen ein Jahr vor den Parlamentswahlen, da will sich fast jede oder jeder auf die gute Seite stellen, sie oder er wiedergewählt werden. Sobald es jedoch um die Finanzierung der IV geht und eine Erhöhung der Lohnprozente ansteht, ist es mit dem Gutsein vorbei. Dann werden die Parlamentarier wieder die Interessen nach Parteibuch vertreten. Und die Stimmen der Behinderten und Benachteiligten vergessen haben.

Leserbriefe

Unerträgliche Sprachzerstörung

Die Vergewaltigung und letztlich Zerstörung der deutschen Sprache durch absurde Gender-Regeln wird immer unerträglicher. Im «Tages-Anzeiger» und seinen Regionalzeitungen vom 1. Juli 2022 steht – zum Teil als Schlagzeile: «Zürcher Verwaltungen schreiben Mietende an». Offenbar die neueste Schöpfung des grassierenden Gender-Wahns. Nach den «Pflegerinnen, Rauchenden, Sozialhilfebeziehenden, Steuerzahlenden, Forschenden, Tramfahrenden, Velofahrenden (auch VelofahrerInnen, Velofahrer*innen, Velofahrer/-innen und Velofahrer:innen genannt)» sowie den «zu Fuss Gehenden» (gemäss Verkehrsclub der Schweiz) werden nun wohl bald auch die «Vermietenden, Musizierenden, Dirigierenden, Dichtenden, Müsiggehenden, Jagenden, Schwimmenden» und ähnliche Missbildungen die schöne deutsche Sprache der Dichter und Denker immer mehr zerstören. Was steckt hinter diesen Absurditäten? Will man mit der Vergewaltigung der deutschen Sprache Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern schaffen? Zum Wohl der Frauen? Das wäre unsinnig, denn Sprache kann keine Gerechtigkeit schaffen; sie kann angebliche oder tatsächliche Ungerechtigkeiten höchstens benennen. Aber es geht hier um etwas viel Grundsätzlicheres: Mit

dem links-ideologischen Gender-Wahn – im Verbund mit dem Rassismus-Geschrei und neuerdings der freien Wahl des Geschlechts nach der gerade aktuellen Befindlichkeit der Leute – sollen biologische Unterschiede eingeebnet und unsere Gesellschaft umgekrempelt werden. Luther, Goethe und Schiller würden sich im Grab umdrehen, aber leider können sie nichts mehr bewirken. Es ist daher die Aufgabe all jener, die noch gesunden Menschenverstand besitzen, die Zerstörung unserer Sprache und letztlich der Gesellschaft zu stoppen.

Hans Fehr
Eglisau

Alterszentrum Kirchhofplatz in Festlaune

Um es vorwegzunehmen. Am Sommerfest vom Samstag, 25. Juni, hat alles super geklappt. Voraussetzung dafür war, dass alle mit anpacken. Vom Zentrumsleiter über den Küchenchef, Pflegerinnen/Pfleger, Hausdienst bis hin zum Reinigungspersonal haben alle Grossartiges geleistet. Wenn man weiss, dass die Pflegerinnen und Pfleger einer Doppelbelastung ausgesetzt waren, waren sie trotzdem immer mit einem freundlichen Lächeln zur Stelle. Sei es beim Platzieren der Bewohner im Rollstuhl, um beim Essen zu helfen, und so

weiter. Hut ab vor dieser Leistung! Ihnen war es zu verdanken, dass es keine langen Wartezeiten bei der Essensausgabe gab. Die extra angefertigten roten T-Shirts, mit dem Aufdruck «Begegnet, Tanzen, Geniessen, Lachen» heizten die Stimmung an. Wiederum wurden wir vorzüglich aus der Küche verköstigt. Das Angebot war gross. Es war von Fleisch und Wurst vom Grill mit Pommes über Älplermagronen bis hin zum Kuchenbuffet alles vorhanden. Auch an Getränken mangelte es nicht. Beim Gestalten des Unterhaltungsprogramms hatte der Zentrumsleiter Simon Kuppelwieser mit dem Engagement der Partyband «Musikbox» ins Schwarze getroffen. Die Viermannband wusste die Stimmung anzuheizen. Mit Schlagern aus den Sechziger- und Siebzigerjahren konnten sie beim Publikum punkten. Kräftig wurde mitgesungen. Aber auch das Tanzbein wurde geschwungen. Die Stimmung war super. Nach gewünschter Zugabe wurde die Band mit viel Applaus verabschiedet. Ebenso durften wir am «Brötliabend» vom 14. Juni bei Bratwurst und Bier ein Konzert der gut besetzten und schön aufspielenden Veteranenmusik geniessen. Im Namen aller Anwesenden möchte ich mich für die zwei schönen Anlässe herzlich bedanken.

Armin Schmidlin
Schaffhausen

Pressestimmen Bidens Nahost-Reise



In seiner bisherigen Präsidentschaft hat Joe Biden den Mittleren Osten ziemlich stiefmütterlich behandelt. Vor dem Hintergrund der weltweiten Energiekrise muss er Saudi-Arabien nun aber davon überzeugen, die Ölförderung zu erhöhen. Schliesslich will er in den USA den Preisanstieg bei Kraftstoffen begrenzen und die Inflation bekämpfen, damit seine Demokratische Partei die Zwischenwahlen im November gewinnt. Allerdings ist der Mittlere Osten von heute selbstbewusster als früher. Es bleibt abzuwarten, ob Biden mit vollen Händen nach Hause zurückfliegt. (JIEFANG RIBAO)

deVolkskrant

Der US-Präsident gibt gegenüber Saudi-Arabien klein bei. Vor seiner Wahl hatte er Saudi-Arabien noch als Ausgestossenen bezeichnet. Jetzt schüttelt er dem saudischen Kronprinzen widerwillig die Hand – einem Mann, der im Frühjahr 81 politische Gefangene exekutieren liess. Bidens Motive sind dabei praktischer Natur. Die USA wollen, dass Saudi-Arabien mehr Öl fördert, damit die weltweiten Öl- und Gaspreise sinken. Ob das geschieht, ist aber fraglich: Das Land hat seine maximal möglichen Fördermengen schon fast erreicht. (DE VOLKSKRANT)



Die Reise von US-Präsident Biden wurde von der amerikanischen Öffentlichkeit zunächst als Abkehr von der Verteidigung demokratischer Ideale interpretiert – zugunsten eines aussenpolitischen Pragmatismus. Heute würde man wohl von einem diplomatischen Ringtausch sprechen. Wenn die USA für Saudi-Arabien die Messlatte für die auf Werten basierende amerikanische Politik bewusst senken, dann scheint Washington äusserst daran interessiert zu sein, dass sein Verbündeter die Ölproduktion erhöht. (NESAWISSIMAJA GASETA)

Salzburger Nachrichten

Joe Biden wollte in seiner Nahost-Politik vieles anders machen als sein Vorgänger Donald Trump. Als Replik auf Trumps Besuche in Riad erklärte Biden im Wahlkampf, er würde seine «Werte nicht an der Garderobe abgeben, um Waffen zu verkaufen oder Öl zu kaufen». Freilich ohne zu wissen, dass zwei Jahre später Russland die Ukraine angreifen würde und er notgedrungen mit Riad über Ölverkäufe sprechen muss. Joe Biden kommt an den Saudis nicht vorbei. (SALZBURGER NACHRICHTEN)